



Protokoll der 15. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Februar 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Karin Jeitziner, Denise Meyer, Markus Meyer, Anna Ott und Sabine Sutter

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

- Die stadträtliche Vorlage „Demographische Entwicklung in Liestal“, Rückblick 2008-2013 und Ausblick bis 2023“ wird vom Stadtrat zurückgezogen. 2014/108
1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.01.2014 -
://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt. -
 2. Ersatzwahl in Bau- und Planungskommission (BPK) 2014/109
://: Einstimmige Wahl von Markus Rudin (SVP) anstelle von Denise Meyer als BPK-Ersatzmitglied.
 3. Reservoir Bettelfeld - Investitionskredit von CHF 880'000.- für die Instandsetzung des Reservoirs Bettelfeld 2014/105
://: Einstimmig wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.
 4. Quartierplanvorschriften Altbrunnen 2014/107
://: Einstimmig wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.
 5. Quartierzentrum Fraumatt – Weiterführung von Pilotprojekt Quartierzentrum Fraumatt bis 31. Dezember 2014 2014/110
://: Mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt der Rat den Betrag von CHF 50'000.-- als Beitrag an die Betriebskosten für die Pilotprojektverlängerung bis zum 31.12.2014.
 6. Wasserzähler - Investitionskredit von CHF 400'000.- für den Ersatz überalterter Wasserzähler 2014/111
://: Mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen genehmigt der Rat den Bruttokredit von CHF 400'000.-- für den Ersatz der überalterten Wasserzähler zu Lasten des Investitionskontos 7101.5060.0067.
 7. Genossenschaftliches Bauen und Wohnen in Liestal – Bericht Stadtrat zum Postulat von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion 2013/37
2013/37a
://: Der stadträtliche Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

8. Solidarität Liestal – Bericht Stadtrat zur Interpellation „Warum ist Liestal nicht solidarisch?“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion 2014/100
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
9. Signalisation Begegnungszone – Bericht Stadtrat zur Interpellation „Signalisation der Begegnungszone“ von Dominique Meschberger und Patrick Mägli der SP-Fraktion 2014/101
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
10. Waldkindergarten – Postulat von Meret Franke namens der Grünen Fraktion betreffend Waldkindergarten 2014/102
://: Das Postulat wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.
11. Entwicklung Liestal – Bericht Stadtrat zur Interpellation „Die demografische Entwicklung der Bevölkerung und die qualitative und quantitative Entwicklung von Liestal“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion 2014/103
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
12. Internet-Universität – Postulat „Internet-Universität in Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2014/104
://: Das Postulat wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung im neuen Jahr.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Zur heutigen Ratssitzung wird speziell Ratskollegin Verena Baumgartner (GL) begrüsst und willkommen geheissen.
Meret Franke (GL) stellt als Fraktionspräsidentin die neue Ratskollegin kurz vor: Diese ist 25 Jahre alt, studiert Geschichte sowie Geographie und macht gleichzeitige eine Ausbildung zur Gymnasium-Lehrerin. Sie engagiert sich seit vielen Jahren in der Pfadi Liestal, ist in der Feuerwehr und betreibt neu auch noch Hundesport.
- Rudin Lorenz (FDP) hat mit Schreiben vom 24. Februar 2014 seinen Rücktritt als Einwohnerrat per 30. April 2014 erklärt, welches verlesen wird. Die Verabschiedung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.
- Der Amtsbericht 2013 (Nr. 2014/108) ist vom Büro der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Vorberatung überwiesen worden. Der Amtsbericht wurde an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt.
- Vom Büro ist die Inkraftsetzung der am 27.11.2013 genehmigten Änderungen des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes beschlossen worden. Das neue bzw. revidierte ER-Reglement wird den Ratsmitgliedern noch zur Kenntnis gebracht.
In diesem Zusammenhang bittet er die Fraktionspräsidenten sich in der Pause bei ihm einzufinden, damit er zusammen mit diesen noch eine Fraktionspräsidentenkonferenz terminieren kann.
- Todesfall Jäger August sel.: Am 18. Februar 2014 ist Herr August Jäger verstorben, welcher im Jahre 1979 auch Einwohnerratspräsident war.
In einer Gedenkminute wird dem Verstorbenen gedacht.
- Auf Wunsch des Ratsbüros werden mit sofortiger Wirkung vom Vizepräsidenten die entschuldigten Ratsmitglieder namentlich verlesen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rosa
- Amtsbericht 2013 (Nr. 2014/108)

Neue persönliche Vorstösse

Es sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Lorenz Rudin (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meret Franke (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Lukas Ott informiert darüber, dass sich der Kanton und die Gemeinden im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Sanierung auf einen Kompromiss einigen konnten. Auf Antrag der kantonalen Finanzkommission hatte der Landrat an seiner letzten Sitzung vom 20. Februar 2014 eine substanzielle Entlastung der Gemeinden beschlossen. Auch Liestal freut sich natürlich als Initiativ- und Lead-Gemeinde über diesen Entscheid, denn damit wird man eine Entlastung ohne Zinsbelastungen von 14 Mio. auf neu 18 Mio. erfahren. Die diesbezüglich noch notwendige kantonale Abstimmung vom 18. Mai 2014 wird sicher kein Selbstläufer sein, und so wird sich auch der Stadtrat in diesem Abstimmungskampf aktiv engagieren. Der Stadtrat geht davon aus, dass er dies auch mit dem Einverständnis des Einwohnerrates tun kann.

Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage, ob Änderungen bezüglich der Traktandenliste beantragt werden.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass er von Einwohnerrätin Corinne Hügli auf diverse Fehler aufmerksam gemacht wurde, welche von der Mittefraktion im Zusammenhang mit der Vorlage „Demographische Entwicklung in Liestal“ festgestellt wurden. Der Stadtrat zieht deshalb seine Vorlage Nr. 2014/106 zurück, damit die Fehler noch korrigiert werden können.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren betreffend den traktandierten Geschäften angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 12. Februar 2014 und mit der Änderung beschlossen, dass das Geschäft bzw. Traktandum Nr. 4 „*Demographische Entwicklung in Liestal – Rückblick 2008-2013 und Ausblick bis 2023*“ nicht behandelt wird, da dieses vom Stadtrat zurückgezogen wird.

162 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.01.2014

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll 29. Januar 2014 eingegangen sind. Dem Rat wird deshalb die Genehmigung des 14. Protokolles beantragt.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass zu diesem Traktandum keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das 14. Protokoll vom 29. Januar 2014 wird einstimmig genehmigt.

163 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahl in Bau- und Planungskommission (Nr. 2014/109)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass zuallererst das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die Wahl offen erfolgt.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion wird einstimmig Markus Rudin (SVP) anstellen von Denise Meyer als Ersatzmitglied in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2016 gewählt.

164 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Reservoir Bettlefeld – Investitionskredit von CHF 880'000.- für die Instandsetzung des Reservoirs Bettlefeld; Spezialfinanzierung Wasserversorgung (Nr. 2014/105)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Vom Büro wird die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vorgeschlagen. Die Fraktionssprecher möchten sich nun deshalb dazu äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an eine Kommission überwiesen werden soll.

Pascal Porchet (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion eine Vorberatung durch die BPK unterstützt. Berücksichtigt man das Baujahr 1965 und die Tatsache, dass seither keine Unterhaltsarbeiten mehr getätigt wurden, dürften die Instandsetzungsarbeiten grundsätzlich doch unbestritten sein. Wasser ist ein kostbares Gut und so erstaunt es schon etwas, dass man dem stadträtlichen Bericht entnehmen muss, dass der Ausgleichspatz teilweise fehlt und somit ein Einnisten von Bakterien gewisse Gefahren mit sich bringen könnte.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, auch seine Fraktion stimme einer Vorberatung durch die BPK zu. Liestal nennt sich Energiestadt und so ist es nicht ganz nachvollziehbar, weshalb die alten Pumpen nicht schon längst durch neue effizientere Modelle ersetzt wurden. Und gerade weil die Pumpen der Trinkwasserwasserversorgung rund $\frac{1}{4}$ des gesamten städtischen Stromverbrauchs ausmachen, fordert seine Fraktion, dass mit der Neuinstallation dem bestmöglichen Wirkungsgrad höchste Priorität eingeräumt wird.

Patrick Mägli (SP) sagt, seine Fraktion unterstütze den Vorschlag des Büros ebenfalls.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) äussert, auch die Mittefraktion stimme der Vorberatung durch die BPK zu.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2014/105 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

165 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplanvorschriften Altbrunnen (Nr. 2014/107)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Vom Büro wird die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vorgeschlagen. Die Fraktionssprecher möchten sich nun deshalb dazu äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an die BPK überwiesen werden soll.

Dominique Meschberger (SP) sagt, dass ihre Fraktion dem Vorschlag des Büros zustimmen wird. Folgende Vorschläge sollten von der BPK geprüft werden: Die Einrichtung einer zusätzlichen Bus-Haltestelle auf Höhe der Grammetbrücke sollte vor der QP-Umsetzung geprüft werden. Das Mehrfamilienhaus soll den Lärm gegenüber den dahinterliegenden Reiheneinfamilienhäusern abschirmen. Soll es nun tatsächlich so sein, dass die Eigentümer gegenüber den Mietern bevorzugt behandelt werden?

Pascal Porchet (FDP) gibt bekannt, dass auch die FDP-Fraktion eine Vorberatung durch die BPK befürworte. Beim vorliegenden QP mit 28 Mietwohnungen und 21 Reiheneinfamilienhäusern ist sicher auch den Erschliessungsfragen die gebührende Beachtung zu schenken.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, auch ihre Fraktion unterstütze den Vorschlag für eine Vorberatung durch die BPK.

Stadtrat Peter Rohrbach findet es gut, dass die vorgängig erwähnten Fragen und Inputs von der BPK noch thematisiert werden können, denn es ist auch im Sinn des Quartierplanverfahrens, dass sich der Einwohnerrat noch qualitativ einbringen kann.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2014/107 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

166 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierzentrum Fraumatt – Weiterführung von Pilotprojekt Quartierzentrum Fraumatt bis 31. Dezember 2014 (Nr. 2014/110)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadträtin Marion Schafroth meint, dass die stadträtliche Vorlage vom Umfang her etwas kurz geraten ist, doch inhaltlich hatte sich der Stadtrat mit dieser Vorlage sehr intensiv befasst. Dies auch in Anbetracht der angespannten Finanzlage und der Tatsache, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um eine freiwillige Gemeindeaufgabe handelt und vom Projekt bzw. Quartierzentrum (QZ) nicht die ganze Bevölkerung profitieren kann. Auch ist dem Stadtrat bewusst, dass andere Teile der Bevölkerung auf Wünschbares verzichten müssen und dass man darauf achten muss, dass mit dem Quartierzentrum nicht andere bestehende Angebote der Stadt konkurrenziert werden, welche ebenfalls von der Stadt unterstützt werden. Im Jahre 2011 ist das Pilotprojekt für die Dauer von 3 Jahren bewilligt worden, weil man der Meinung war, dass das QZ einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Wohnqualität im Fraumattquartier leiste. Dem Pilotprojekt wurde natürlich auch wegen der externen Mitfinanzierung des Pilotprojektes zugestimmt, weshalb sie den entsprechenden Abschnitt aus der damaligen Vorlage zitieren möchte: „Da das Pilotprojekt zu 2/3 extern finanziert wird und die Stadt dadurch weniger belastet wird, soll sich in der Praxis weisen, wohin sich das QZ entwickelt, wie häufig und von welchen Kreisen dieses Angebot benutzt wird und ob es künftig breit getragen wird. Dann werden SR und ER aufgrund von Fakten und gemachten Erfahrungen darüber entscheiden, ob Kosten und Nutzen eine Weiterführung ab 2014 rechtfertigen und wie die weitere Finanzierung sicherzustellen ist.“ Die erwähnten Entscheide sind vom Rat nun zu fällen. Zum Nachteil des Pilotprojektes traten im zweiten und dritten Jahr Probleme auf, weil der Zentrumsleiter krankheitsbedingt über sehr lange Zeit ausfiel und sich zusätzlich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorstand des Trägervereins und dem Zentrumsleiter entwickelt hatten. Dem Vorstand ist es gelungen, den Zentrumsbetrieb immer naht- und reibungslos aufrecht zu halten, so dass die QZ-Nutzer von diesen Schwierigkeiten kaum etwas bemerkt hatten. Dafür möchte sie dem Vorstand ein grosses Dankeschön aussprechen. Obwohl der Normalbetrieb weiterlief, konnte unter diesen Umständen die konzeptionelle Weiterentwicklung zu wenig weitergetrieben werden. So haben wir jetzt zwar die Erkenntnis, dass ein Bedürfnis für ein QZ tatsächlich vorhanden ist, dass es zunehmend besucht wird und dass ein Potential für eine intensivere Nutzung als bis anhin gegeben ist. Doch gleichzeitig stehen wir heute vor dem Problem, dass einige Dinge noch unscharf und zu wenig gefestigt sind. So zeigt der Evaluationsbericht auf, dass definierte Ziele und Messkriterien fehlen, weshalb auch qualitative Aussagen nicht möglich sind. Die ganze Arbeitslast liegt de facto auf einigen wenigen Schultern des Trägervereins, auch wenn der Vorstand nun wieder ergänzt und erweitert werden soll. Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Vorstand auch künftig beim Auftreten grösserer Schwierigkeiten bei der Leistung dieser nebenberuflichen Freiwilligenarbeiten bald an seine Grenzen stossen dürfte. Der Stadtrat kommt zum Schluss, dass die jetzige Organisationsform zu wenig robust ist, um das QZ auf Dauer weiterführen zu können. Darum möchte der Stadtrat das QZ neu in einem direkten Auftragsverhältnis mit sozialen Institutionen betreiben, mit welchen die Stadt bereits zusammen arbeitet. Der Trägerverein wäre dann nicht mehr Betreiber des QZ und Arbeitgeber der Zentrumsleitung, sondern würde sich dann sinnvollerweise zu einem Verein umformen, welcher das QZ finanziell, ideell, personell usw. unterstützt. Wenn der Einwohnerrat dem stadträtlichen Antrag zustimmt, heisst das, dass das Pilotprojekt um ein halbes Jahr bis Ende 2014 weitergeführt werden könnte. Während dieser Phase erarbeitet der Bereich Sicherheit/Soziales ein neues Konzept für ein Begegnungszentrum Fraumatt mit einer möglichst vielfältigen und breiten Nutzung. Dies mit der Ausgangslage und der Annahme, dass das Zentrum im Auftragsverhältnis von einer sozialen Institution geleitet würde. Dieses Konzept müssten dann dem Stadtrat und Einwohnerrat wieder zur Beschlussfassung unterbreitet werden, da ein

solches Begegnungszentrum wiederkehrende jährliche Kosten für die Laufende Rechnung zur Folge hätte. Abschliessend möchte sie noch erwähnen und persönlich anmerken, dass sie während 3 Jahren als Stadtratsdelegierte im Vorstand des Trägervereins tätig war und somit die QZ-Geschichte relativ nahe mitverfolgen und miterleben durfte. Das QZ hat trotz Schwierigkeiten viel Positives bewirkt, viele Leute haben dort glückliche Stunden verbracht, Ausländer lernten unsere Sitten und Gebräuche kennen usw. Verschiedenste Menschen fanden dort Gesellschaft, besuchten Kurse oder bekamen Hilfestellung bei Alltagsproblemen. Sie weiss, dass sich die Nutzung in den letzten Monaten bereits positiv entwickelt hat und dass das Potential noch nicht ausgeschöpft ist. Daher wünsche sie sich, dass der Rat heute der stadträtlichen Vorlage zustimmen wird, denn damit wird dem Stadtrat auch die Chance zur Erarbeitung eines neuen Konzeptes gegeben.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage zur Diskussion, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Peter Küng (SP) teilt mit, dass sich seine Fraktion für eine Direktberatung der Vorlage ausspreche. Die Überweisung der Vorlage hätte vielleicht dann Sinn gemacht, wenn die neue einwohnerrätliche Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission schon aktiv werden könnte, doch ist dies im Moment noch nicht der Fall.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, auch die Mittefraktion sei für eine Direktberatung.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Direktberatung der Vorlage Nr. 2014/110 an der heutigen Sitzung.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) bittet die Ratsmitglieder, sich nun zum Inhalt und Antrag der Vorlage zu äussern.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sie in einer Doppelfunktion als Sprecherin der Mittefraktion und auch als Präsidentin des Trägervereins votiere. Der Vorstand des Trägervereins freut sich darüber, was seit Beginn des Pilotprojektes vor drei Jahren entstanden ist, konnte doch in ehrenamtlicher Arbeit ein beliebter Treffpunkt für jüngere und auch ältere Quartierbewohner aufgebaut werden. Es konnten 70 Mitglieder für den Trägerverein gewonnen werden. Das Pilotprojekt war für alle Beteiligten eine neue Erfahrung. Das QZ ist heute ein Leuchtturm im Fraumattquartier und fördert die Begegnung, die soziale Integration und Partizipation der Menschen im Quartier. Bereits im ersten Betriebsjahr konnte man 1'900 Nutzerinnen und Nutzer zählen und diese Zahl ist zwischenzeitlich auf über 3'000 Personen angestiegen. Im Jahresdurchschnitt besuchen 65 Personen das QZ, wobei in dieser Statistik die Vermietungen nicht berücksichtigt sind. Ein Drittel der Besucher sind Kinder und Jugendliche, für welche das QZ ein wichtiger Ort ist. Letzte Woche ist vom neuen Zentrumsleiter ein Event zum Thema Abfallpädagogik organisiert worden, welcher von 60 – 80 Kindern sowie Jugendlichen besucht wurde. In ehrenamtlicher Arbeit sind vom Verein viele Projekte umgesetzt und das QZ ist mit Institutionen wie dem Roten Kreuz usw. vernetzt worden. Die Räumlichkeiten im Zentrum werden praktisch jedes Wochenende für Privatanlässe vermietet. Positive Rückmeldungen erhält man auch von den Schulen, soll sich doch seit der Eröffnung des QZ das soziale Verhalten unter den Kindern verbessert haben und auch die Atmosphäre im Quartier hat sich positiv verändert. Der Einwohnerrat hatte im März 2011 dem Pilotprojekt zugestimmt und während drei Jahren konnte man lernen und Erfahrungen sammeln, Schwachstellen wurden erkannt und Verbesserungen vorgenommen. Gemäss stadträtlichem Bericht soll sich die Organisationsform nicht bewährt haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es schwierig ist, mit einem ehrenamtlichen Engagement all die Aufgaben erledigen und hohen Anforderungen erfüllen zu können. Ein rasches Agieren in Ausnahmesit-

tuationen wie beispielsweise während der krankheitsbedingten längeren Abwesenheit des Zentrumsleiters war gewährleistet, indem ein Vorstandsmitglied und ein Student eingesprungen sind, welche das QZ monatelang geführt hatten. Vor drei Wochen ist ein neuer Zentrumsleiter angestellt worden, welcher sehr engagiert und innovativ ist. Nun besteht die Möglichkeit, das QZ Fraumatt einer Institution anzugliedern, was bei anderen Projekten schon erfolgreich gemacht wurde. Auch der Trägerverein geht davon aus, dass die Verwaltung in den nächsten Wochen das neue Konzept ausarbeiten wird. Trotz organisatorischen Neuerungen geht man davon aus, dass der Trägerverein aufrecht erhalten bleibt, damit dieser das weiterhin Projekt begleiten kann, denn auch der Vorstand ist nach sechs engagierten Jahren nach wie vor motiviert. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den stadträtlichen Antrag und sie würde sich freuen, wenn dies weitere Fraktionen auch tun würden.

Thomas Eugster (FDP) macht darauf aufmerksam, dass sich seine Fraktion vor 3 Jahren äusserst skeptisch zum Pilotprojekt bzw. zum Prestigeobjekt der Fachhochschule für Soziale Arbeit geäussert hatte. Nach knapp drei 3 Jahren hat man nun die Gewissheit, dass man betreffend den damals angebrachten Vorbehalten recht hatte. Das Projekt ist gescheitert und hat eine Bauchlandung erlitten. Beim Durchlesen des 45-seitigen Evaluationsberichtes sind ihm unter anderem folgende Punkt ganz speziell aufgefallen: Ein Powerpoint-Kurs für Jugendliche ist von 5 Jugendlichen besucht worden, wovon 3 aus Frenkendorf waren; der Computerkurs für Frauen ist von 4 Teilnehmerinnen besucht worden, wobei nur 2 Teilnehmerinnen im Fraumattquartier wohnen; erfolgreich sei ein Kochkurs gewesen, weil dieser zu einem grossen Teil von Auswärtigen besucht wurde; das beim Kochkurs gemachte Essen ist dann zum Teil auch weiterverkauft worden; nach anfänglichem guten Start musste schlussendlich ein Zumba-Kurs eingestellt werden, weil die Kursteilnehmerin für den Kurs weniger oder gar nichts mehr bezahlen wollten; ein anderer Tanzkurs musste nach drei Monaten mangels Interesse ebenfalls eingestellt werden; vom Zentrumsleiter wird festgestellt, dass sich immer die gleiche Kerngruppe mit rund 10 Erwachsenen im QZ aufhält und somit auch einen grossen Teil der Besucherzahl ausmacht. Das Fazit ist darum vernichtend: Das QZ hat seine integrative Wirkung verfehlt, denn die Ausländer bleiben weiterhin unter sich, da beispielsweise Schweizer das QZ meiden. Das QZ sollte die Quartierbewohner zur Eigeninitiative anspornen, doch das Gegenteil ist der Fall. Nun soll neu auch noch die Stadt für die Organisation verantwortlich zeichnen. Bei den kleinen Besucherzahlen kann man auch nicht von einem QZ reden, sondern die QZ-Räumlichkeiten gehören vermutlich einfach zum erweiterten Wohnzimmer einzelner Quartierbewohner. Ist es verantwortbar, dass Liestal jährlich CHF 125'000.-- für ein solches Zentrum in einem einzelnen Quartier ausgibt? Für die FDP-Fraktion ist es klar, dass das Pilotprojekt gescheitert ist und die Übung bereits heute abgebrochen werden sollte. Auch mit der Verlängerung des Pilotprojektes bis Ende 2014 wird es keine neuen Erkenntnisse geben, denn dafür hatte man ja bereits 3 Jahre lang Zeit, welche unbenutzt abgelaufen ist. Es wäre doch sinnvoller und auch von der Stadt gewollt, wenn die Fraumattquartier-Bewohner die übrigen Angebote wie die familienergänzenden Tagesstrukturen, dem Jugendtreffpunkt Joy usw. intensiver nutzen würden. Auch dürfte damit eine bessere Integration möglich sein, als wenn man nur Konkurrenzveranstaltungen im QZ nutzt, wo man dann sowieso unter Seinesgleichen ist. Auch kann ein Quartierfest mit Eigeninitiative ohne QZ organisiert werden, wie dies in anderen Quartieren Liestals bereits der Fall ist. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Antrag einstimmig ablehnen.

Meret Franke (GL) erklärt, dass es immer wieder Pilotprojekte gebe, die von Anfang an gut geplant und organisiert sind und dann kommt doch niemand, sobald es los geht. Auf solche Pilotprojekte hatte nämlich niemand gewartet und diese sind dann auch meist zum Scheitern verurteilt. Dies ist aber beim QZ Fraumatt nicht der Fall. Nach einem etwas holprigen Start nutzen doch länger und mehr Leute dieses Angebot. Das QZ ist zur rechten Zeit am richtigen Ort aufgegangen und ihre Fraktion möchte dem QZ Fraumatt die Chance geben, die erkannten Probleme bis Ende Jahr zu beheben. Auch kann dann im Herbst die neue Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission des Einwohnerrates das neue Konzept unter die Lupe nehmen. Ihre Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Peter Küng (SP) meint, auch er habe den Evaluationsbericht mehrmals gelesen, sei aber zu einem anderen Entschluss gekommen als der FDP-Fraktionssprecher. Seine Fraktion ist überzeugt von der Qualität des QZ Fraumatt und unterstützt die bereits realisierten, laufenden und noch geplanten Projekte. Auch findet man es gut, dass die Zielsetzungen künftig präzisiert werden sollen. Den Initianten soll heute nochmals die Unterstützung zugesichert werden. Seine Fraktion wird dem Kreditantrag zustimmen und hoffe, dass dem QZ Fraumatt mit dem neuen Konzept und der vermehrten Einbindung weiterer Institutionen noch mehr Erfolg beschieden sein wird.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass er sich als Nebenfraktionssprecher verstehe, da seine Fraktionskollegin Elisabeth Augstburger als Präsidentin des Trägervereins doch eine etwas besondere Rolle an der heutigen Sitzung hat. Stadträtin Marion Schafroth hatte an der Sitzung vom 02.03.2011 folgende Aussage gemacht, welche er hier zitieren möchte: „... Gesamtschweizerisch ist man zum Konsens gekommen, dass Projekte zur Förderung der Quartierarbeiten wichtig sind. Vom Bund werden solche Projekte auch finanziell unterstützt, wobei das Fraumatt-Projekt zu spät eingereicht wurde. Für Nachfolgeprojekte wird man aber entsprechende Gesucheingaben machen. Das Fraumatt-Quartier ist als Pilotprojekt ausgewählt worden, da die Anregungen und Bewegungen aus diesem Quartier gekommen sind. Der Stadtrat ist auch im Trägerverein vertreten. Über das reversible Pilotprojekt wird dem Stadtrat 2 ½ Jahre nach Projektstart Bericht und Antrag unterbreitet, damit Stadtrat und Einwohnerrat frühzeitig betreffend einer Projektweiterführung entscheiden können. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung ist auch die Finanzierung von Folgeprojekten aufzuzeigen. Ob die Kosten und finanziellen Beiträge für Folgeprojekte sich in der gleichen Grössenordnung wie beim Pilotprojekt bewegen werden, kann heute noch nicht gesagt werden...“. Einige der hier und heute Anwesenden waren im März 2011 noch nicht dabei. Die Vorlage im Jahre 2011 war schon recht umfangreich und auch der Evaluationsbericht vom Oktober 2013 verfügt über 100 Seiten. All diese Unterlagen sind recht umfangreich und konnten nicht in wenigen Tagen studiert werden, weshalb es Sinn gemacht hätte, wenn man die Vorlage Nr. 2014/110 einer Kommission zur Vorberatung hätte überweisen können. Die stadträtlichen Versprechen gemäss vorgängigem Zitat sind vom Stadtrat leider nur teilweise eingehalten worden. Zwar liegt heute eine Vorlage betreffend der QZ-Weiterführung vor, doch eigentlich ist dies nur eine Notvorlage, damit das Pilotprojekt nicht Schiffbruch erleidet und bis Ende 2014 weitergeführt werden kann. Fast einstimmig wird deshalb seine Fraktion dem stadträtlichen Antrag zustimmen und dem Stadtrat nochmals eine Chance geben. Man erwartet aber bis im Herbst die in Aussicht gestellte neue Vorlage, damit diese einer einwohnerrätlichen Kommission zur Vorberatung überwiesen werden kann. Diese Vorlage wird auch von seiner Fraktion kritisch geprüft werden.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass verschiedene Argumente schon vom Fraktionssprecher der FDP erwähnt worden sind und er diese nicht mehr wiederholen möchte. Auch in der SVP-Fraktion stösst die stadträtliche Vorlage auf grosse Skepsis, obwohl man nicht generell gegen Quartierarbeit sei. Ein Leistungsangebot im Integrations-, Schulbereich usw. macht durchaus Sinn, doch sicher nicht im Ausmass wie bei der vorliegenden Vorlage. Die von seiner Fraktion geäusserten Bedenken sowie Befürchtungen betreffend dem QZ Fraumatt haben sich bewahrheitet. Das Projekt ist kläglich gescheitert und dazu soll man heute auch stehen, auch wenn viele engagierte Leute Freiwilligenarbeit geleistet haben. Wie es der Name besagt, sollte ein QZ ein Zentrum des Quartiers sein, doch liegt das Fraumatt-Quartierzentrum nicht im Zentrum, sondern an der Grenze der Nachbargemeinde Füllinsdorf. Auch ist das QZ eine weitere Institution und Anlage der Stadt, welche wesentlich auch von Einwohnern der umliegenden Gemeinden benutzt wird. Wenn man so etwas will, muss auch gewährleistet sein, dass die Trägerschaft das Ganze auch zum Funktionieren bringt, was sich im vorliegenden Fall nicht bewahrheitet hat. Auch in anderen Gebieten Liestals leisten Quartiervereine Integrationsarbeit usw. auf Basis der Freiwilligenarbeit, was in der heutigen Zeit leider nicht mehr so selbstverständlich ist. Seine Fraktion ist der Meinung, dass nicht nochmals weitere finanzielle Beiträge für das QZ Fraumatt aufgewendet werden sollen. Man sollte sich vielmehr nach bestehenden Institutionen und Vereinen umsehen, wo eine Unter-

stützung durch die Stadt sinnvoller und besser wäre. Die SVP-Fraktion wird den stadträtlichen Antrag ablehnen.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) hält fest, dass sich frühere Bedenken leider bewahrheitet haben. Was abgelaufen ist, ist unanständig und ungerecht gegenüber anderen Quartieren und Vereinen in Liestal, welche ohne finanzielle Mittel der Stadt auskommen müssen. Auch ist es unanständig gegenüber den Steuerzahlern von Liestal. Auch in Liestal wird das Steuersubstrat nicht aus ideellem Gedankengut generiert, sondern von Leuten, die arbeiten und einen Teil ihres Lohnes als Steuern abliefern müssen. Mit solchen Steuergeldern muss sorgfältiger umgegangen werden, als dies beim vorliegenden Projekt der Fall war, welches schlussendlich gescheitert ist. Die Notbremse muss gezogen und der stadträtliche Antrag abgelehnt werden.

Jürg Holinger (GL) bemerkt, er habe die heutige Diskussion bis jetzt doch recht sachlich empfunden. Es gibt wirklich Argumente, die betreffend der Zukunft des QZ zum Denken anregen. Er habe aber sehr grosse Mühe damit und findet es daneben, wenn ein Ratsmitglied das Projekt als unanständig bezeichnet. Dem Votum seines Vorredners muss doch beispielsweise zwischen den Zeilen entnommen werden, dass die Leute des Fraumattquartiers nicht arbeiten und auch keine Steuern bezahlen. Soll denn nun ein Quartierzentrum an der Langhagstrasse geschaffen werden, wo gute Steuerzahler einen wesentlichen Teil zum guten Steuersubstrat Liestals beitragen? Ein QZ sollte doch wirklich in einem Fraumattquartier geschaffen werden, wo es die Leute nötig haben.

Matthias Zimmermann (SP) teilt mit, dass das Projekt durchaus nicht gescheitert sei. Vielmehr sollte man zwischen der Struktur und dem Passierten unterscheiden. Nach der Pionierphase sind strukturelle Änderungen nötig, was vernünftig ist und vom Stadtrat auch vorgeschlagen wird. Im QZ Fraumatt ist an der Basis einiges gegangen und eine ganz grosse Qualität des Zentrums ist, dass der Betrieb nach der Erkrankung des Zentrumsleiters dank Freiwilligenarbeit usw. aufrecht erhalten werden konnte. Und möchte man auf die Eigeninitiative und Selbstverantwortung von Migranten abstellen, so wäre man mit der Integrationstätigkeit in Liestal in letzter Zeit nicht sehr viel weiter gekommen. Seit etwa 12 Jahren wird im Integrationsbereich einiges gemacht und dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass man mit den Migranten in Liestal relativ wenig Probleme hat. Das Glas ist nun halb voll und es wäre absolut schade, wenn man dies nun ausschütten bzw. dem stadträtlichen Antrag an der heutigen Sitzung nicht zustimmen würde.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass vom Trägerverein mit Medienmitteilungen regelmässig über die Tätigkeiten des QZ Fraumatt informiert wurde. Es wurde auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit viel für das Projekt getan.

Stadträtin Marion Schafroth sagt, sie habe die Ratsdiskussion mit sehr grossem Interesse verfolgt und möchte noch auf vier Diskussionspunkte bzw. Aussagen kurz eingehen. Zur Aussage, dass eine weitere Kreditsprechung unanständig gegenüber den Steuerzahlern sei, möchte sie doch entgegenen und in Erinnerung rufen, dass das Pilotprojekt während mehreren Monaten aufgeleistet und nach dem Durchlaufen des demokratischen Prozesses hier im Rat auch grossmehrheitlich gutgeheissen und beschlossen wurde. Auch stimmt es nicht, dass das Quartierzentrum am Rande des Fraumattquartiers liege. Dieses liegt absolut zentral im Quartier und ist auch für die Einwohnerschaft in der Umgebung leicht zugänglich. Die Räumlichkeiten sind ebenfalls absolut ideal für den Betrieb eines QZ. Auch kann man beim angestellten Vergleich nicht von einer Bruchlandung, sondern höchstens von einem Trudelflug reden. Auch muss ein QZ nicht für alle Quartierbewohner da sein, denn auch ein Jugendhaus wird nicht von allen Jugendlichen besucht.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und deshalb über den stadträtlichen Antrag abgestimmt werden kann.

://: Mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt der Rat total CHF 50'000.-- als Beitrag an die Betriebskosten für die Verlängerung des Pilotprojekts Quartierzentrum Fraumatt bis zum 31. Dezember 2014.

167 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Wasserzähler – Investitionskredit von CHF 400'000.- für den Ersatz überalterter Wasserzähler (Nr. 2014/111)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Vom Stadtrat wird vorgeschlagen, dass die Vorlage direkt beraten wird. Das Büro unterbreitet dem Rat keinen Vorschlag betreffend der weiteren Behandlung der stadträtlichen Vorlage. Die Fraktionssprecher möchten sich nun deshalb dazu äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder an eine einwohnerrätliche Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass die Mittefraktion das Geschäft an die BPK zur Vorberatung überweisen möchte.

Werner Fischer (FDP) erklärt, seine Fraktion möchte die Vorlage direkt beraten.

Markus Rudin (SVP) orientiert, auch die SVP-Fraktion möchte die Vorlage ebenfalls direkt beraten.

Meret Franke (GL) teilt mit, dass sich auch ihre Fraktion für eine Direktberatung ausspreche.

Marianne Quensel (SP) äussert, auch die SP-Fraktion möchte das Geschäft an der heutigen Sitzung direkt beraten.

://: Mit grossem Mehr wird die Vorlage Nr. 2014/111 direkt beraten.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) bittet die Ratsmitglieder, sich nun zum Inhalt und Antrag der Vorlage zu äussern.

Markus Rudin (SVP) meint, seine Fraktion stehe der Vorlage grundsätzlich positiv gegenüber. Gerne möchte man wissen, weshalb für den Zähleraustausch der Betrag von CHF 170'000.-- veranschlagt ist, könnten diese Arbeiten doch von den eigenen Mitarbeitenden erledigt werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass der enorme Wasserverlust von rund 30 Prozent während mehreren Jahren doch Anlass zu Diskussionen in ihrer Fraktion gegeben habe. Seit wann sind die Wasserverlust in dieser Grössenordnung bekannt und was ist diesbezüglich unternommen worden? Die genaue Messung bei den Endverbrauchern ist nur eine Messmöglichkeit. Sind Alternativen wie beispielsweise Geräuschpegelmessungen zur Ortung von Leitungsdefekten usw. geprüft worden? Auch fehlt eine Quantifizierung, denn so ist nicht bekannt, welcher Wassermengenverlust auf die alten Wasserzähler zurückzuführen ist und wie gross der Wasserverlust ist, welcher dem Leitungsnetz zugeordnet werden kann. In welcher Grössenordnung belaufen sich die Mehreinnahmen nach dem Ersatz der alten Wasserzähler, denn der Vorteil vom gleichzeitigen Totalersatz der alten Wasserzähler ist nicht erkennbar. Fazit: Es fehlt ein Konzept.

Lisette Kaufmann (GL) erklärt, dass ihre Fraktion dem Kreditantrag zustimmen wird. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass vom Rat schon einmal ein grösserer Kreditbetrag für den Wasserzähler-Ersatz bewilligt wurde.

Marianne Quensel (SP) führt aus, die SP-Fraktion finde es ebenfalls sinnvoll, wenn die Wasserzähler gerade im jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht würden. Der überdurchschnittliche Wasserverlust muss unbedingt und raschmöglichst reduziert werden. Ihre Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Werner Fischer (FDP) erklärt, auch seine Fraktion wird dem Kreditbegehren zustimmen. Es ist äusserst wichtig, dass das Wasser dort gemessen werden kann, wo es schlussendlich auch ankommt. Eine genaue Inventarisierung der Wasserzähler muss mit dem bevorstehenden Zähleraustausch vorgenommen und künftig ein periodischer Ersatz der Wasserzähler vorgenommen werden, damit keine weiteren grösseren Kreditbegehren in dieser Grössenordnung nötig sind.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt als Sprecher einer Minderheit seiner Fraktion die Frage, warum denn alle Wasserzähler ersetzt werden müssen. Wird denn der Austausch alleine mit dem Alter der Zähler oder mit deren Ungenauigkeit bei der Wassermessung begründet? Wie gross ist denn die Messungenauigkeit bei den älteren Wasserzählern überhaupt? Lohnt sich der Zähleraustausch überhaupt und macht der Gesamtaustausch überhaupt Sinn, wenn in 15 Jahren wieder alle Zähler gleichzeitig ausgetauscht werden müssen? Verschiedene Zusatzinformationen sind bekannt und hätten deshalb auch in die stadrätliche Vorlage geschrieben werden können.

Stadträtin Regula Nebiker dankt für die verschiedenen Inputs aus der Ratsmitte hält fest, dass einige Fragen bereits bei der Budget-Beratung in der BPK thematisiert worden sind. Der Kreditbetrag von CHF 170'000.-- für den Austausch von rund 1'000 Wasserzählern wird gemäss Konzept für die Auftragserteilung an Sanitärfirmen benötigt, da ein Zähleraustausch von so vielen Zählern in so kurzer Zeit nicht in Eigenregie möglich ist. Der bisherige jährliche Ersatz von älteren Zählern basierte auf einer anderen Philosophie und mit dem beantragten Zählerersatz findet ein Systemwechsel statt, indem künftig die Wasserzähler periodisch und nicht erst bei Bekanntwerden eines Defektes ersetzt werden. Bei einigen älteren Wasserzählern wurden Probemessungen vorgenommen und die Messdifferenzen waren doch recht erstaunlich. Natürlich kann sie mit dem Zähleraustausch keine konkreten Aussagen betreffend der Wasserverlust-Minimierung machen. Die Wirkung des Zähleraustausches wird jedoch im Zusammenhang mit dem Wasserjahr 2015 erfolgen und sie erhoffe sich doch eine massive Verbesserung. Seit wann die grösseren Wasserverluste bekannt sind, kann sie auch nicht sagen, doch schon bei ihrer Wahl in den Einwohnerrat im Jahre 2004 sind ihre diese bekannt und diese hier im Rat auch immer wieder thematisiert worden. Natürlich sind in den letzten Jahren auch immer wieder diesbezügliche Abklärungen und Massnahmen im Zusammenhang mit dem Leitungsmesssystem usw. getroffen worden. Im Zusammenhang mit den nicht verrechneten Wasser- und Abwassergebühren wurde von der Wasserversorgung vor kurzer Zeit ein Riesensprung gemacht, indem man beispielsweise alle Wasserzähler in Liestal erhoben und inventarisiert hatte. Der nächste Austausch der im Jahre 2014 ausgetauschten Wasserzähler in rund 15 Jahren ist planbar und kann von den Betrieben selbst über mehrere Jahre hinweg geplant und vorgenommen werden. Der Austausch der Wasserzähler ist nur eine Massnahme zur Minimierung des Wasserverlustes, weitere werden sicher noch folgen, damit man zum Ziel kommt.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass für den jährlichen Betrag von rund 2 Mio. Franken Wassergebühren verrechnet werden. Und sollten wegen den neuen Wasserzählern ca. 5 Prozent mehr Wasser in Rechnung gestellt werden können, so dürften mit den Mehreinnahmen die Investitionskosten von CHF 400'000.-- in wenigen Jahren bezahlt werden können.

Peter Küng (SP) möchte wissen, ob denn die Aufträge für den Zähleraustausch nur an einheimische Firmen zu einheitlichen Preisen vergeben werden?

Stadträtin Regula Nebiker meint, dass der Auftrag wohl nur von mehreren Firmen innert kurzer Zeit erledigt werden kann.

Werner Fischer (FDP) möchte wissen, ob denn die Submission mit dem Einladungsverfahren erfolgt oder ob die Ausschreibung der Arbeiten öffentlich erfolgen wird.

Stadträtin Regula Nebiker sagt, man möchte natürlich möglichst wenige Firmen mit dem Zähleraustausch beauftragen und die Auftragserteilung sollte noch vor den Sommerferien erfolgen. Die Submission wird vermutlich im Einladungsverfahren erfolgen, doch habe man sich diesbezüglich noch nicht konkret unterhalten. Bei der Auftragsvergabe werden selbstverständlich die Bestimmungen des Submissionsgesetzes beachtet.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bittet den Stadtrat, dass sich dieser an die Ausschreibungsregeln hält. Diesem wird empfohlen, die BPK nach der Auftragserteilung über das Submissionsverfahren und die Auftragsvergabe in Kenntnis zu setzen.

Stadträtin Regula Nebiker sichert zu, dass das Verfahren vorschriftsgemäss durchgeführt und die BPK zur gegebenen Zeit auch informiert wird.

Daniel Spinnler (FDP) dankt für die stadträtliche Zusage, dass man sich an die Regeln halten und wieder informieren werde.

Jürg Holinger (GL) meint, dass für die Auftragsvergabe klar eine operative Aufgabe des Stadtrates ist und die BPK diesbezüglich nichts zu sagen habe.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und deshalb über den stadträtlichen Antrag abgestimmt werden kann.

://: Mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen genehmigt der Rat den Bruttokredit von CHF 400'000.-- inkl. MwSt. für den Ersatz der überalterten Wasserzähler zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Investitionskonto Nr. 7101.5060.0067.

168 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Genossenschaftliches Bauen und Wohnen in Liestal – Bericht Stadtrat zum Postulat von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2013/37)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) bittet die Postulanten, sich zum städträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/37a zu äussern.

Matthias Zimmermann (SP) dankt als Postulant für die Beantwortung des Vorstosses durch den Stadtrat mit gewissen Vorbehalten, auf welche er noch zurückkommen wird. Bereits eingangs möchte er festhalten, dass seine Fraktion der beantragten Postulatsabschreibung zustimmen wird. Die Antworten des Stadtrates sind doch etwas eigenartig und so kann man diesen entnehmen, dass die Stadt weder Geld noch Grundstücke für genossenschaftliche Bauten hat. Auch kann der stadträtlichen Beantwortung entnommen werden, dass der Stadtrat auch keine Lust hat, auf dieses Thema näher einzugehen. Die vierseitige Postulatsbeantwortung enthält nämlich zwei Seiten, welche aus dem Entwicklungsplan bzw. der Vorlage Nr. 2013/77 kopiert wurden und nicht viel zum Thema bzw. Vorstoss aussagen. Ein Minimum an seriöser Beantwortung des Postulates wäre es gewesen, wenn man zumindest bei den aufgelisteten Grundstücken eine Bemerkung dazu gemacht hätte. So wüsste der Rat heute auch, ob diese Grundstücke bereits überbaut und/oder vermietet sind usw. Auch hätte der Stadtrat betreffend dem Vorstoss bei Landbesitzern bzw. beispielsweise dem Kanton, Stiftungen, der Bürgergemeinde usw. vorstellig werden und mögliche Lösungsansätze diskutieren können. Vermutlich hatte der Stadtrat ganz einfach nicht begriffen, was die Postulanten mit ihrem Vorstoss bezwecken wollten.

Hanspeter Meyer (SVP) hat als Mitunterzeichner des Postulates ebenfalls wahrgenommen, dass der Stadtrat einfach keine Lust hatte, auf dieses Thema näher einzugehen. Natürlich soll sich die Stadt nicht gross im Liegenschaftshandel engagieren, doch hätten ein paar Anregungen des Stadtrates erwartet werden dürfen, wären doch beispielsweise einige Grundstücke des Kantons geradezu ideal für die Realisierung von Genossenschaftsbauten, welche ein interessantes Konstrukt sind und für alle Beteiligten inklusive der Stadt vorteilhaft sind. Auch die SVP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) bemerkt als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass der stadträtliche Bericht in ihrer Fraktion ebenfalls zur Kenntnis genommen wurde. Auch habe man sich gefragt, ob denn beispielsweise im Goldbrunnen-Quartier nicht vielleicht Grundstücke oder Liegenschaften einer Genossenschaft im Baurecht abgegeben werden könnten. Ihre Fraktion wird der Abschreibung des Postulates ebenfalls zustimmen.

Max Schäublin (FDP) führt aus, es seien am heutigen Abend schon viele gute Ideen zum genossenschaftlichen Wohnungsbau erwähnt worden. Wenn die stadträtliche Antwort vielleicht auch etwas lustlos ist, so muss man in Kenntnis des aktuellen Entwicklungsplanes klar festhalten, dass Liestal im Moment einfach kein Geld hat, um solche Projekte unterstützen und realisieren zu können. Die FDP-Fraktion wird der Postulatsabschreibung ebenfalls zustimmen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass die Mitfraktion bei der Postulatsüberweisung geteilter Meinung war. Die stadträtlichen Erläuterungen und Schlussfolgerungen sind nachvollziehbar und so wird seine Fraktion auch einstimmig der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, dass in verschiedenen Printmedien der letzten Tage zu lesen war, dass in der Stadt Bern die Förderung genossenschaftlicher Wohnungsbauten nicht funktioniere. Er selber kann sich mit solchen Wohnraumvergünstigungen auch nicht anfreunden, zumal Liestal bereits über gute Instrumente wie beispielsweise das Mietzinsbeitragsreglement usw. verfügt. Zu bedenken ist auch, dass von finanziellen Beteiligungen der Stadt beim genossenschaftlichen Wohnungsbau das Finanzvermögen tangiert wäre, was sich schlussendlich auch negativ auf den Finanzausgleich auswirken würde. Genossenschaftliche Bauten sind wohlgemeinte gute Ideen, doch das falsche Instrument.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, dass beim Vorstoss und der heutigen Diskussion nicht vom sozialen Wohnungsbau die Rede ist. Bei dem vom Vorredner erwähnten Projekt handelt es sich um subventionierte Wohnungen der Stadt Bern, welche auch dieser gehören. Bei Stockeigentümern oder Genossenschaften kann es sich durchaus auch um gute Steuerzahler handeln. Von den Postulanten ist auch nicht verlangt worden, dass die Stadt Liestal Geld für die Realisierung genossenschaftlicher Bauten aufwirft. Mit dem Vorstoss wurde lediglich eine mögliche Hilfestellung der Stadt thematisiert.

Daniel Spinnler (FDP) meint, auch wenn die Stadt beispielsweise alleine Land für Genossenschaftsbauten bereitstellen oder mit zonenplanerischen Bestimmungen reservieren würde, so handelt es sich halt schlussendlich gleichwohl um indirekte Zahlungen an subventionierte Wohnbauten.

Matthias Zimmermann (SP) sagt, von der öffentlichen Hand brauche es keinen roten Rapen, wenn diese ein Grundstück im Baurecht zur Verfügung stellen würde. Im Gegenteil, denn diese könnte gar Baurechtszinsen vereinnahmen.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass er durchaus nicht das Gefühl habe, dass Postulat lustlos beantwortet zu haben. Die Postulanten bitten mit ihrem Vorstoss, dass der Stadtrat die Erweiterung des Verwaltungsvermögens mit entsprechenden Liegenschaften prüfen soll. Auch wenn es sich um das Finanzvermögen handelt, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass die Stadt mit solchen Massnahmen Liegenschaften kaufen müsste, denn von der Stadt sind in der Vergangenheit beinahe alle Grundstücke verkauft worden. Unsere Vorgänger hatten Vermögen in Land, doch seit dem Verkauf dieser Grundstücke lebt die Stadt Liestal nur noch von den Steuereinnahmen. Andere Gemeinden können sich noch über Einnahmen von über 1 Mio. Franken aus dem Finanzvermögen erfreuen. Im Zusammenhang mit der Abgabe von Land im Baurecht wird auch die Bürgergemeinde erwähnt, doch kann der Stadtrat ja nicht dem Bürgerrat dessen Geschäftsgebaren vorschreiben. Dieser will ja angeblich bei der Überbauung Grammet das Land nicht verkaufen, sondern im Baurecht abgeben. Und im Zusammenhang mit den Blöcken an der Goldbrunnenstrasse sei erwähnt, dass deren Sanierung mehr als 1 Mio. Franken kosten wird und das Grundstück zudem der Bürgergemeinde gehört. Die stadträtlichen Antworten betreffend dem Postulat gefallen nicht allen, doch kann dem Stadtrat damit nicht der Vorwurf der Lustlosigkeit gemacht werden.

Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass sich zum Geschäft keine weiteren Ratsmitglieder äussern möchten und deshalb über die stadträtlichen Anträge abgestimmt werden kann.

://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/37a nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2013/37 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

169 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Solidarität Liestal – Bericht Stadtrat zur Interpellation „Warum ist Liestal nicht solidarisch?“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion (Nr. 2014/100)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal, SP-Fraktion

Interpellation

Warum ist Liestal nicht solidarisch ?

*Kommunale DrittWelt-Politik durch faire Beschaffung *), Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und humanitäre Hilfe*

Solidar Suisse (ehemals Schweizerisches Arbeiterhilfswerk) hat im Jahr 2011 zum ersten Mal in einem Rating 84 Schweizer Gemeinden daraufhin untersucht, ob sie ihre globale Verantwortung wahrnehmen: Kaufen sie sozial nachhaltig ein? Handeln sie solidarisch, indem sie sich für Entwicklungsprojekte engagieren? - Zwei Jahre später wurde das Solidar-Gemeinderating mit 88 Gemeinden wiederholt. 61 Gemeinden wurden erneut untersucht, 27 grössere Gemeinden kamen neu hinzu.

Acht Gemeinden haben ihr Resultat im Rating von 2013 massiv verbessert (Zürich, Genf, Baden, Bülach, Freienbach, Nyon, Thalwil, Yverdon). Baden, Freienbach und Thalwil haben ihre Politik nur im Bereich Beschaffung verändert. Zehn Gemeinden haben sich moderat verbessert (im Beschaffungswesen: Baar, Buchs, Carouge, Köniz, St. Moritz; in der Entwicklungszusammenarbeit: Dübendorf, Luzern, Moutier, Zug; in beide Bereichen: Lyss). - Von den 27 Gemeinden, die 2013 erstmals untersucht wurden, schneiden zwei (Riehen und Vevey) in beiden Bereichen sehr gut ab, fünf neue Gemeinden nehmen ihre Verantwortung vor allem in der EZA wahr (Aarau, Lancy, Richterswil, Val-de-Travers und Wallisellen), zwei im Mittelfeld (Spiez, Worb).

Und Liestal? – Liestal wurde in der Umfrage 2013 mit einem Fragebogen einbezogen und hat weder reagiert noch geantwortet. – Warum?

Wir erachten das kommunale Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe als auch im fairen Beschaffungswesen als ein wichtiges Standbein der internationalen Solidarität. - Wie wollen wir den Flüchtlingsströmen Herr werden ohne einen Beitrag daran zu leisten, ein menschenwürdiges Leben und gerechtere Lebensumstände in den Ländern des Südens zu ermöglichen?

Wir fragen deshalb den Stadtrat

- 1. Warum hat Liestal in der Umfrage 2013 von Solidar Suisse nicht geantwortet?*
- 2. Erachtet es der Stadtrat nicht auch als wichtig, dass die Stadt ihren Beitrag an faire Beschaffung, Entwicklungszusammenarbeit/Humanitäre Hilfe leistet?*
- 3. Wenn ja, wie könnte dieser Beitrag aussehen?*

Wir danken im Voraus für eine wohlwollende Antwort.

*Für die SP-Fraktion:
Matthias Zimmermann*

Liestal, den 24.1.2012

**) Faire Beschaffung bedeutet Rücksichtnahme beim Einkauf von Gütern im Ausland (zB. Natursteine, Textilien, Sportartikel, Computer und Informatikzubehör) auf menschenwürdige und umweltgerechte Produktionsbedingungen (zB. ohne Kinder-, Zwangsarbeit und Gewerkschaftsverbot; gerechte Löhne, zweckdienliche Arbeitsumstände und -ausrüstung). Als Masstab gelten die sechs ILO-Kernübereinkommen (ILO = Internationales Arbeitsamt in Genf).*

* * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott äussert, dass das Nicht-Mitmachen der Stadt bei der Umfrage nichts mit einer Lustlosigkeit zu tun hatte, wie es dem Stadtrat schon beim vorgängigen Geschäft vorgeworfen wurde. Es ist dem Stadtrat nämlich gar nicht bekannt, dass der Fragebogen bei der Verwaltung überhaupt eingetroffen ist und auch eine diesbezügliche Nachfrage ist gänzlich unbekannt. Wäre ein solcher Fragebogen eingegangen, hätte man an dieser Umfrage sicher auch teilgenommen. Ein direkte Anfrage von Solidar Suisse hatte es im Jahre 2012 gegeben und die Fragen betreffend konkreten Projektunterstützungen sind von der Stadt auch beantwortet worden - getreu nach dem Grundsatz „Global denken und lokal handeln“. So ist die Stadt Liestal auf Anregung aus dem Einwohnerrat auch Mitglied der „urwaldfreundlicher Gemeinden“ geworden, verfügt über das Energiestadt-Label usw. Auch möchte er darauf hinweisen, dass man im Zusammenhang mit Fonds und stadtnahen Stiftungen versucht sehr solidarisch zu sein, indem beispielsweise aus dem Friedhoffonds ganz direkt Entwicklungshilfsprojekte unterstützt werden.

Matthias Zimmermann (SP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Beantwortung seines Vorstosses. Es wäre informativ und dienlich gewesen, wenn vom Stadtrat gesagt worden wäre, welche Projekt in welchem Umfang bereits unterstützt worden sind. Er hofft, dass der Stadtrat diesen Themen auch weiterhin die gebührende Beachtung schenken würden. Er wünscht die Diskussion.

://: Die Diskussion wird bewilligt.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Vorstoss bzw. zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/100.

170 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Signalisation Begegnungszone – Bericht Stadtrat zur Interpellation „Signalisation der Begegnungszone“ von Dominique Meschberger und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2014/101)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Patrick Mägli, Dominique Meschberger, SP-Fraktion*

**Interpellation
Signalisation der Begegnungszone**

Im Allgemeinen haben sich die meisten Verkehrsteilnehmer gut an die Begegnungszone um das Stedtli herum gewöhnt. Allerdings gibt es immer noch Automobilisten, die insbesondere die Poststrasse und die Seestrasse mit deutlich mehr als den erlaubten 20 km/h befahren. Auch sind die Begegnungszonen sehr diskret signalisiert, weshalb sie für Auswärtige nicht immer als solche zu erkennen sind. Die zu schnellen Automobilisten stellen eine grosse Gefahr dar für die übrigen Verkehrsteilnehmer, insbesondere für die Kinder.

Ausserdem beinhaltet die Begegnungszone das Recht der Fussgängerinnen und Fussgänger auf Vortritt. Dieser Vortritt ist jedoch kaum spürbar und wird auch nicht durch Signalisation angekündigt.

Innerhalb der Begegnungszone befinden sich einige Knotenpunkte, welche besondere Gefahren bergen.

- *Übergang Allee – Seestrasse: Parkierende und den Parkplatz verlassende Automobilisten haben kaum Zeit noch auf die Fussgänger zu achten.*
- *Wasserturmplatz; Das Überholen der Busse ist äusserst gefährlich, da die Übersicht nicht gegeben ist und weil Velo fahrende auf der andern Strassenseite in akute Gefahr gebracht werden.*
- *Beidseitig parkende Autos (teilweise illegal); Zum Beispiel vor dem Denner wird die Strasse regelmässig so verengt, dass kein Platz mehr für Autos und Fussgänger gleichzeitig bleibt.*

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Ist der Stadtrat bereit, die Signalisation der Begegnungszone zu überprüfen und gegebenenfalls so zu verbessern, dass die Begegnungszonen auch für Ortsunkundige als solche erkennbar sind.*
2. *Die Stadt verfügt über mobile Geschwindigkeitsanzeiger, die sie insbesondere nach den Sommerferien in der Nähe der Schulhäuser einsetzt. Ist der Stadtrat bereit, diese Geschwindigkeitsanzeiger permanent oder mehrmals pro Jahr auf der Poststrasse und in der Seestrasse einzusetzen?*
3. *Würde der Stadtrat vermehrt die fahrende Bevölkerung darüber aufklären, welche Vortrittsregeln für die Begegnungszone gelten?*
4. *Kann der Stadtrat abklären wo Knotenpunkte welche höhere Gefahren bergen liegen, und durch verschiedene Massnahmen sicher stellen, dass diese Gefahren verringert werden; zum Beispiel: klare Markierung von Parkplätzen, Signalisation, Polizeipräsenz oder Gespräche mit möglicherweise betroffenen Gewerbebesitzer, usw.*

Liestal, 27. Januar 2014

Patrick Mägli

Dominique Meschberger

* * * * *

Stadträtin Marion Schafroth nimmt zu den Fragen der Interpellanten Stellung:

Antwort zu Frage 1: Die Signalisation der Begegnungszonen und der Tempo 30-Zonen der Stadt Liestal entsprechen der gültigen Signalisationsverordnung gemäss Strassenverkehrsgesetz. Zur Sensibilisierung wurde durch das Team Community Policing Liestal bei der Einführung temporär die von der Stadt Liestal angeschafften Bänderolen montiert. Die Bänderolen werden sporadisch immer wieder aufgehängt.

Antwort zu Frage 2: Insgesamt verfügen wir über zwei mobile Geschwindigkeitsanzeiger, welche in unregelmässigen Abständen auf dem gesamten Stadtgebiet, insbesondere in Begegnungszonen und in der Umgebung von Schulhäusern, eingesetzt werden. Sie gelangen wiederkehrend, aber bewusst unregelmässig, wie auch jetzt, an der Post- und Seestrasse zum Einsatz. Damit kein Gewohnheitseffekt eintritt, werden die Tafeln maximal 2 Wochen am selben Ort belassen. Weiter werden auch in den Begegnungszonen regelmässig Radarkontrollen durchgeführt. Die Geräte erlauben uns die statistischen Auswertungen über alle Fahrzeugkategorien inkl. Fahrräder. Die Daten werden ausgewertet und bei Bedarf für weiterführende Massnahmen verwendet.

Antwort zu Frage 3: Im letzten Jahr wurden durch die Community Policing Stadt Liestal zwei Schwerpunktaktionen in den Begegnungszonen durchgeführt, bei welchen die Verkehrsteilnehmer mittels Gespräch und Abgabe eines Flyers über das Verhalten in den Begegnungszonen informiert wurden. Weiter erfolgen gezielte Gespräche mit Verkehrsteilnehmenden mit grenzwertigem Verhalten anlässlich dem ordentlichen Ausseneinsatz der Community Policing. Solche Aktionen werden auch weiterhin von Zeit zu Zeit erfolgen.

Antwort zu Frage 4: Der Stadtrat unterstützt diese Massnahmen selbstverständlich. Die Parkplätze sind gemäss der gültigen Signalisationsverordnung gemäss Strassenverkehrsgesetz markiert. Die Polizeipräsenz wurde mit der definitiven Einführung der Community Policing Stadt Liestal per Anfang letztem Jahr bereits erhöht. Werden bei Radarkontrollen in der Begegnungszone erhöht Übertretungen festgestellt, erfolgen in kurzen Abständen weitere Kontrollen, welche einen beruhigenden Effekt haben. Grundsätzlich gilt, dass der Erfolg der Begegnungszone darauf beruht, dass alle Verkehrsteilnehmenden, auch die Fussgänger, gegenseitig auf die anderen Verkehrsteilnehmenden Rücksicht nehmen. Je höher die Verkehrsdichte, desto höher ist die gegenseitige Rücksichtnahme. Es ist also ein gewollter Effekt der Begegnungszone, dass Dichte und Unübersichtlichkeit quasi von selbst zur gegenseitigen Rücksichtnahme und langsamem Fahren zwingen. Wir werden im Laufe des Frühlings/Sommer 2014 die breite Bevölkerung in einem speziellen Beitrag im Liestal aktuell speziell informieren darüber, was eine Begegnungszone ist und welche Regeln darin gelten.

Dominique Meschberger (SP) dankt als Mitunterzeichnerin der Interpellation für die ausführlichen stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Sie findet, dass Begegnungszonen auch für das Stedtli Liestal eine gute Sache sind, doch erfordert dies ein gutes Auskommen aller Verkehrsteilnehmer und Fussgänger. Die Einhaltung der Verkehrsregeln ist nicht ganz einfach und so wird eine permanente Information mit Publikationen im Liestal aktuell usw. begrüsst.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die Interpellanten unter anderem monieren, dass in der Poststrasse zu schnell gefahren wird, was er ebenfalls bestätigen kann. Ist das nun ein Problem der Automobilisten oder der Signalisation? Oder ist es ganz einfach der falsche Ort bzw. Strassenabschnitt an der Poststrasse für eine Begegnungszone? Bei Artikel 22 der Signalisationsverordnung ist die Rede von einem Wohn- und Geschäftsbereich, welcher aber an der Poststrasse nur sehr spärlich vorhanden ist und schwergewichtig von der Bahnlinie entlang der Poststrasse dominiert wird. Das Ziel, dass sich die Strassenbenützer begegnen können und beispielsweise ohne Fussgängerstreifen die Strasse wechseln können, wird an der Poststrasse verfehlt. Tempo 20 an der Poststrasse ist seiner Meinung nach der falsche Weg und setzt falsche Signale für andere Begegnungszonen bzw. Wohn- und Geschäftszonen, wo eine Einhaltung dieser Tempolimits unbedingt eingehalten werden müsste. Eine Tempo 30-Zone an der Poststrasse vom Bahnhof bis zum Wasserturmplatz

würde wohl eher zum Erfolg führen bzw. die motorisierten Verkehrsteilnehmer sensibilisieren.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und hält fest, dass Begegnungszonen von ihrer Grösse und Geschlossenheit leben. Und je grösser Begegnungszonen sind, desto erfolgreicher sind sie. Es ist auch wenig erfolgsbringend und sinnvoll, wenn man den Verkehrsteilnehmern auf kurzen Strecken immer wieder ein neues Verkehrsregime bzw. permanente Anpassungen von Höchstgeschwindigkeiten zumutet. Es macht Sinn, dass die Poststrasse in der Begegnungszone mit Tempo 20 bleibt und diese Begegnungszone gar noch mit dem Gebiet der Büchelistrasse ergänzt und erweitert wird.

Dominique Meschberger (SP) unterstreicht die gemachte Aussage ihres Fraktionskollegen und ist ebenfalls der Meinung, dass die Poststrasse ganz klar in die Begegnungszone des Stedtli gehört.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Vorstoss bzw. zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/101.

171 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Waldkindergarten – Postulat von Meret Franke namens der Grünen Fraktion betreffend Waldkindergarten (Nr. 2014/102)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Meret Franke
Grüne Fraktion*

Liestal, 27. Januar 2014

Postulat

Waldkindergarten

Der Wald bietet ein optimales Lernumfeld für Kinder und weckt Neugier, Spannung und Entdeckungsfreude. Die Kinder sind bei jedem Wetter draussen, wo alle Sinne angeregt und die vier Jahreszeiten hautnah erlebt werden können. Durch den direkten und dauernden Kontakt zur Natur üben die Kinder Umsichtigkeit und Rücksicht mit ihr. Der Wald bietet auch einen Bewegungsraum, in dem motorische Fähigkeiten und körperliche Aktivität ganz automatisch gefördert werden.

Die Waldkindergärten richten sich wie die Regelkindergärten nach den allgemeinen Kindergarten-Bildungszielen und dem vom Kanton vorgegebenen Kindergarten-Lehrplan.

Die Schulreife nach zwei Jahren erreichen die Kinder im nötigen und geforderten Umfang auch bei diesem Modell problemlos.

In der Schweiz gibt es rund ein Dutzend Waldkindergärten. Die Schule Biel-Benken hat 2010 für ihren Waldkindergarten den Naturschutzpreis von Pro Natura BL erhalten – er war der erste Waldkindergarten der Nordwestschweiz.

Ich bitte den Stadtrat, die Einführung eines öffentlichen Waldkindergartens in Liestal zu prüfen und dem Einwohnerrat darüber zu berichten.

Namens der Grünen Fraktion

Meret Franke

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtrat Franz Kaufmann (SP) informiert darüber, der Stadtrat bereit sei, das Postulat mit den guten Anregungen zu übernehmen.

Franke Meret (GL) dankt als Postulantin für die stadträtliche Zusage. Beim Waldkindergarten sind die Kinder im Sommer und auch Winter während fünf Tagen in der Woche draussen und der Wald wird zum Schulzimmer. Gemäss kantonaler Definition ist ein Waldkindergarten ein normaler Kindergarten in Ergänzung zur Erziehung der Familie, welcher auch die körperliche, seelische und kreative Entfaltung der Kinder sowie die Gemeinschaftsfähigkeit fördert. Auch wird auf die individuelle Verschiedenheit jedes einzelnen Kindes Rücksicht genommen. Das alles und ein guter Überblick über die erste Klasse kann in einem Waldkindergarten ebenso gut, wenn nicht gar besser gewährleistet werden. Der Aufenthalt draussen, die Bewegungsmöglichkeiten und die Sinneserfahrungen im Wald liegen heute voll im Trend, denn so haben auch Waldspielgruppen bereits einen grossen Zulauf. Mit Waldkindergärten wird auch die Schulraumproblematik entlastet, was bei den derzeitig stattfindenden Planungen sicher auch ein wichtiger Aspekt ist. Es braucht nur einen geeigneten Platz im Wald und diesbezüglich kann man sich auch eine Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde vorstellen. Sie bittet den Rat, der Idee eine Chance zu geben und der Postulatsüberweisung zuzustimmen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) berichtet, die Mehrheit der Mittefraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen. Schon vor Jahren war einmal eine Waldkindergartenklasse geplant, dieser ist aber schlussendlich nicht realisiert worden, weil sich die Lehrperson zurückgezogen hatte, welche für die Projektrealisierung vorgesehen war.

Walter Leimgruber (SP) orientiert, auch die SP-Fraktion wird mehrheitlich der Überweisung des Vorstosses zustimmen. Es gibt an anscheinend schon einige Waldkindergärten im Kanton, welche gut funktionieren sollen.

Werner Fischer (FDP) legt dar, dass er zwar keine pädagogische Ausbildung genossen haben, als Landschaftsgärtner weiss er aber ganz genau, was es heisst, sich das ganze Jahr draussen aufzuhalten. Seine Fraktion befürchtet eine Ausweitung mit Mehrkosten als Folge der Abweichung und Ergänzung zum bestehenden Angebot. Erwähnt sei auch, dass der Waldspielplatz Sommerhalde in Liestal aufgehoben wurde. Seine Fraktion wird die Postulatsüberweisung ablehnen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) weist darauf hin, dass Waldspielgruppen und Waldkindergärten für unterschiedliche Altersgruppen angeboten werden. Seine Fraktion ist grundsätzlich für die Überweisung des neuen Vorstosses und ist gespannt auf die stadträtlichen Antworten. Waldkindergärten benötigen doppelt soviel ausgebildetes Personal bzw. mindestens 2 Lehr- und Betreuungspersonen, was es doch zu beachten gilt. Auch darf er in Aussicht stellen, dass eine Anfrage an die Bürgergemeinde bzgl. der Nutzung eines Waldstückes für einen Waldkindergarten sicher positiv beantwortet würde. Eine Waldspielgruppe ist ja bereits im Elbistäli in Liestal existent.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass der Wald ein vielfältiger Lernort und ein guter Ausgleich zum Alltag sei. In Basel existiert der Waldkindergarten „Spitzwald“ bereits seit dem Jahre 2006 und dieser Kindergarten mit 11 Kindern wird von einem Verein geführt. Die Eltern erhalten einen Unterstützungsbeitrag von CHF 2'500.-- im Jahr, sofern sie ihren Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft haben. Vielleicht kann die Stadt beim Kanton vorstellig werden, damit ein Waldkindergarten in Liestal ebenfalls finanziell unterstützt würde.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) meint, man dürfe trotz allen Vorteilen doch auch den Nachteil betreffend den finanziellen Konsequenzen nicht ausser Betracht lassen. Die heutigen Kindergärten sind auf das ganze Gemeindegebiet verteilt und das wird mit den Waldkindergärten und der Folge von längeren Schulwegen nicht so einfach sein. Er selbst wird das Postulat ablehnen.

Thomas Eugster (FDP) stimmt seinem Vorredner zu und ruft die begrenzt vorhandenen finanziellen Ressourcen in Erinnerung. Und wenn man neue Walkindergärten schaffen sollte, müssten logischerweise bereits bestehende Kindergärten geschlossen werden, ansonsten wäre ein Nullsummenspiel ja nicht möglich. Als mögliche Lösungsvariante könnte man sich ja auch überlegen, ob denn die bestehenden Kindergärten künftig nicht vermehrt in den Wald gehen könnten. Bei der stadträtlichen Antwort erwarte er dann schon einen Lösungsvorschlag mit Kostenneutralität.

Diego Stoll (SP) ruft in Erinnerung, dass der Stadtrat bei einer Überweisung des Postulates nicht zugleich auch den Auftrag für die Realisierung von Waldkindergärten hätte. Mit dem Postulat wird verlangt, dass vom Stadtrat lediglich einmal die Einführung eines öffentlichen Waldkindergartens zu prüfen und dem Einwohnerrat wieder darüber zu berichten ist.

Corinne Ruesch (GL) fügt an, dass aktuell sowieso neue Kindergärten geplant werden und so wartet man wohl mit Spannung auf den stadträtlichen Bericht betreffend einer möglichen Realisierung von Waldkindergärten, da dies doch von Relevanz sein könnte.

Pascal Porchet (FDP) macht darauf aufmerksam, dass bei der Beratung und Beschlussfassung von Quartierplänen immer wieder die Rede davon war, dass Räume für Kindergärten usw. geschaffen werden. In der Spezialkommission Schulraumplanung hatte er erfahren, dass die Schulwegdistanzen für Kindergärtner maximal 1,2 Kilometer betragen sollten. Die Schaffung von Waldkindergärten muss er deshalb hinsichtlich der bisherigen Strategie, der Schulwegdistanzen usw. als neues und unrealistisches Projekt bezeichnen. Und für Kinder, die sich gerne im Wald aufhalten möchten, möchte er einen Pfadi-Besuch empfehlen.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass er als Kind früher in den Wald musste, diesen zwischenzeitlich aber freiwillig aufsucht. Wie bereits vorgängig erwähnt, sollte nun heute einfach einmal das Postulat überwiesen und das weitere Vorgehen erst nach Vorliegen des stadträtlichen Berichtes diskutiert und beschlossen werden.

Meret Franke (GL) nimmt Bezug auf die verschiedenen Voten betreffend den Schulwegdistanzen bei Waldkindergärten und informiert darüber, dass in der Praxis zusätzlich zu den normalen Kindergärten auch Waldkindergärten im Einzugsgebiet bzw. den Quartieren angeboten werden. Die Eltern können dann bei der Anmeldung entscheiden, in welchen Kindergarten sie ihre Kinder schicken möchten. Das heisst nicht, dass Kinder von Waldkindergärten die ganze Stadt auf dem Schulweg durchlaufen müssen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2014/102 an den Stadtrat überwiesen.

172 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Entwicklung Liestal – Bericht Stadtrat zur Interpellation „Die demografische Entwicklung der Bevölkerung und die qualitative und quantitative Entwicklung von Liestal“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2014/103)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Marianne Quensel. SP-Fraktion*

Interpellation:

Die demografischen Entwicklung der Bevölkerung und die qualitative und quantitative Entwicklung von Liestal

Es ist eine Tatsache, dass wir älter werden. Eine Folgerung sind die konstanten Erhöhungen des Budgetpostens „Pflegefiananzierung“. Rechtzeitiges vorausschauendes Handeln kann jedoch auch zu positiven Effekten führen.

Ich bitte deshalb den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

Wie sieht die demographische Entwicklung in den nächsten 15 Jahren in Liestal aus. Dies auch unter Berücksichtigung der nun beginnenden Bautätigkeit?

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus punkto Mobilität, behindertengerechter Benützung von öffentlichen Gebäuden, sowie dem vermehrten Anspruch nach Sicherheit im öffentlichen Bereich?

Welche Überlegungen macht sich der Stadtrat zu präventiven Angeboten für die ältere Bevölkerung, unter anderem um die Gesundheit zu fördern und Vereinsamung möglichst zu verhindern.

Liestal, 24. Januar 2014

Marianne Quensel

* * * * *

Stadträtin Marion Schafroth beantwortet die Fragen der Interpellantin:

Antwort zur Frage 1: Der Homepage des Statistischen Amtes konnte sie beim Link „Altersprojektion“ entnehmen, dass im Einzugsgebiet Liestal für das Jahr 2015 bei den Betagten 65+ eine Zunahme von 29 % und bei den Hochbetagten 80+ eine Zunahme von 23 % gegenüber dem Jahr 2008 verzeichnet wird. Bis im Jahr 2025 wird bei den Betagten mit einer Zunahme von 63 % und bei den Hochbetagten mit einer Zunahme von 67 % gegenüber dem Jahr 2008 gerechnet. Man nimmt an und geht davon aus, dass die Bautätigkeit in Liestal diese Vorausschätzungen nicht wesentlich beeinflussen wird, was aber nicht wissenschaftlich erhärtet ist.

Antwort zu Frage 2: Vom Stadtbauamt ist im Jahre 2010 eine Fussgängerverkehr-Schwachstellenanalyse erstellt worden. Verschiedenste Institutionen wurden befragt und der Rücklauf lag bei 70 %. Anschliessend wurde auch noch ein Quartierrundgang mit 23 teilnehmenden Personen gemacht. Die Resultate wurden in einem Massnahmenkatalog festgehalten, Priorisierungen vorgenommen und die Massnahmen bis 2018 umgesetzt. Betreffend der öffentlichen Sicherheit kann allgemein darüber informiert werden, dass ihr Departement dieses Jahr eine Gefahrenanalyse erstellt wird.

Antwort zu Frage 3: Diese Themen werden im Altersleitbild Liestal aufgenommen, welches gemäss Jahresprogramm 2014 zur Zeit in Erarbeitung ist.

Marianne Quensel (SP) dankt als Interpellantin für die stadträtliche Beantwortung ihrer Fragen. Sie ist sich bewusst, dass sie mit ihrem Vorstoss ein neues Gebiet im Rat thematisiert hat und wünscht die Diskussion.

://: Die Diskussion wird bewilligt.

Marianne Quensel (SP) findet es wichtig, dass den Folgen der verschiedenen Quartierpläne und Neuüberbauungen bzw. dem Wachstum Liestals die gebührende Beachtung geschenkt wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/103.

173 0.01.011.01 Einwohnerrat

**12. Internet-Universität – Postulat „Internet-Universität in Liestal“
von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/104)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*CVP/EVP/glp-Fraktion
Gerhard Schafroth*

**Postulat
Internet-Universität in Liestal**

Verschiedene angesehene Universitäten und andere Hochschulen sind derzeit daran, immer mehr ihrer Unterrichtslektionen und ganze Studiengänge elektronisch zu erfassen und den Studenten für den Fernunterricht sowie zur Ergänzung des Präsenzunterrichts, aber auch der breiten Öffentlichkeit über Internet zur Verfügung zu stellen. Weit vorangeschritten sind derartige Studienformen z.B. an der University of Poenix, California, am Massachusetts Institute of Technology, MIT, und in der Schweiz an der EPFL in Lausanne.

Es muss wohl davon ausgegangen werden, dass sich durch diese Veränderung die Art der Wissensvermittlung an den Hochschulen rasch und tiefgreifend verändern wird. Dies deshalb, weil sich durch die Standardisierung auch im Hochschulbereich ein enormes Potential der Kostensenkung und der Qualitätssteigerung in den repetitiven Prozessen des Unterrichts erreichen lässt. Ist eine Hochschule dabei führend, so kann sie zu den Gewinnern auf dem Hochschulmarkt gehören, wer den Anschluss verpasst, riskiert den Abstieg in die Bedeutungslosigkeit.

Diese Entwicklung bietet der Universität Basel und insbesondere dem Kanton Baselland ein hervorragendes Entwicklungspotential. Mehrere Versuche, Aussenstationen der Universität Basel in Liestal aufzubauen und damit Baselland nicht nur an den Kosten der Universität zu beteiligen, sondern ihn auch an deren Nutzen direkter partizipieren zu lassen sind bislang gescheitert. Zeitgleich mit diesem Postulat im Einwohnerrat in Liestal, wird deshalb ein inhaltlich deckungsgleiches Postulat im Landrat eingereicht.

Anliegen

Der Stadtrat wird gebeten, abzuklären, in welcher Weise er den Aufbau der hier vorgeschlagenen Aussenstation der Universität beider Basel in Liestal unterstützen kann. Ziel dieser Aussenstation wäre es, dass die künftigen Fernunterrichts-Angebote der ganzen Universität beider Basel zentral produziert und deren Nutzung zentral abgewickelt werden und zur Umsetzung dieser Aufgabe in Liestal eine entsprechende Niederlassung der Universität aufgebaut wird.

Gerhard Schafroth

Liestal 27. Januar 2014

* * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott informiert darüber, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen, da dieses in die stadträtliche Strategie passt, denn Liestal will auch weiterhin ein Hochschulstandort bleiben. Gemäss neuem Vertrag sind die beiden Halbkantone Baselland und Basel-Stadt gleichberechtigte Partner der Uni Basel. Ob Liestal nun Standort der Internet-Uni sein soll, möchte er an dieser Stelle offen lassen, denn diesbezüglich sind sicher noch weitere Evaluationen und weitere Abklärungen nötig. Der Vorstoss stärkt dem Stadtrat sicher den Rücken bei den weiteren Verhandlungen, wenn dieser vom Rat heute überwiesen würde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulant für die positive stadträtliche Stellungnahme. Ausgangslage ist, dass unser Kanton gemäss Vertrag sich zur Hälfte an den Kosten der Uni Basel beteiligt und dieser somit auch Anspruch auf Uni-Standorte haben sollte. Ein früherer Versuch mit dem Afrika-Institut ist gescheitert. Den Vorteil für die Internet-Uni am Standort Liestal sieht er darin, dass diese sicher auch in der Zukunft Chancen haben dürfte und nicht standortabhängig ist. Einen gleichen Vorstoss hat er auch im Landrat eingereicht. Dem Rat dankt er im bestens für die Überweisung seines Vorstosses an den Stadtrat.

Daniel Spinnler (FDP) findet den Vorstoss grundsätzlich eine gute Idee, denn bei einer Internet-Uni wird sich der Bedarf an Hörsälen usw. vermutlich erübrigen. Schwierigkeiten sieht er aber darin, dass in Liestal Aufnahmestudios installiert werden sollen, denn dies dürfte für die Professoren eher ein Hemmschuh sein. Grundsätzlich sollte man offen dafür sein, welche Fakultäten künftig im Kanton Basel-Landschaft bzw. in Liestal sein sollen. Er selber sieht keine wesentlichen Vorteile darin, wenn der Rat den Vorstoss heute überweisen würde, weshalb seine Fraktion auch gegen eine Postulatsüberweisung stimmen wird.

Diego Stoll (SP) hält als Einzelsprecher fest, dass er sich persönlich für eine Postulatsüberweisung entscheiden wird. Er kann sich dem Argumentarium des Stadtpräsidenten anschliessen und findet die Idee sowie Vision des Vorstosses gut.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum neuen Vorstoss keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 23 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2014/104 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert darüber, dass keine neuen Vorstösse eingereicht wurden, welche gemäss § 44 des ER-Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen werden könnten.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann